

## ***DJV-Pressemeldung***

### **DJV begrüßt Beschlüsse der Umweltministerkonferenz zum Wolf**

**Eine bessere Zusammenarbeit mit Polen und die Diskussion um den "günstigen Erhaltungszustand" des Wolfes haben die heute zu Ende gegangene Umweltministerkonferenz (UMK) in Potsdam geprägt. Der Deutsche Jagdverband begrüßt diese Beschlüsse, kritisiert jedoch weiterhin die politische Grundhaltung.**

(Berlin, 17. November 2017) Der DJV begrüßt, dass der Erhaltungszustand des Wolfes nun jährlich durch den Bund einzuschätzen ist. Darüber hinaus soll der Bund bereits im ersten Quartal 2018 praxistaugliche Vergrämungsmöglichkeiten veröffentlichen. "Seit Jahren ist dies eine unserer Hauptforderungen," sagt DJV-Präsident Hartwig Fischer. "Ich freue mich, dass Themen nun mit einer gewissen Realitätsnähe diskutiert und Maßnahmen greifbarer werden." Der DJV begrüßt die beabsichtigte Intensivierung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Monitorings und Managements mit dem EU-Partnerland Polen. Ungeachtet dessen weist der DJV auf eine aktuelle Expertise der Technischen Universität Dresden hin, die besagt, dass die Wolfspopulation in Mitteleuropa bereits in einem günstigen Erhaltungszustand ist. Aus Sicht des DJV ist das angestrebte einheitliche Vorgehen beim Umgang mit „verhaltensauffälligen Wölfen“, insbesondere seine Entnahme, ebenfalls längst überfällig. Diese muss rechtssicher und praktikabel umsetzbar sein.

Unverständnis äußert der DJV dagegen in Bezug auf die zu erarbeitende neue Habitatanalyse, die überflüssig und nicht zielführend sei. In den vergangenen Jahren habe sich mehr und mehr gezeigt, dass der Wolf das Potenzial zum Kulturfolger hat. Er sucht sich auch außerhalb von abgelegenen Truppenübungsplätzen seinen Lebensraum selbst. Er zeigt dabei wenig Scheu. Entscheidende Punkte sind die Nahrungsverfügbarkeit, die in weiten Teilen Deutschlands ausreichend gegeben ist sowie geeignete Rückzugsgebiete.

Auf der heute in Potsdam zu Ende gegangenen Konferenz haben die Umweltminister der Bundesländer die Empfehlungen einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Wolf diskutiert. Vorausgegangen waren massive Unstimmigkeiten zwischen Bund und Ländern über das weitere Vorgehen.